

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wlth. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 13

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

Halver
Freitag, den 16. Januar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Kellame 40 Goldpfennig, Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Bei den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind die Aussichten für ein Abkommen günstiger geworden.

* In Berlin erwartete man die Berufung Dr. Luthers zum Reichskanzler mit großer Bestimmtheit.

* Am Eingang zum Thüringer Landtag in Weimar wurde ein deutschnationaler Abgeordneter von kommunistischen Abgeordneten blutig geschlagen. Der Landtag hob sofort seine Sitzung auf.

* Im Zusammenhang mit der Beendigung der alliierten Finanzministerkonferenz in Paris spricht man von einer neuen englisch-französischen Schuldenkonferenz für Ende Februar oder Ende März.

Dr. Luther.

Aus parlamentarischen Kreisen wurde uns unterm 14. Januar geschrieben:

Die Ministerkrise hat eigentlich seit dem August vergangenen Jahres ununterbrochen das politische Leben, und zwar nicht nur das innen-, sondern auch das außenpolitische Leben Deutschlands schwer gehemmt; sie fand nach der Wahl vom 7. Dezember eine vierwöchentliche Fortsetzung, bis März den Versuch, ein Kabinett zu bilden endlich aufgab. Dem bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Luther scheint der Versuch zu gelingen.

Dr. Luther kam von der Stellung als Oberbürgermeister in Essen Anfang Dezember 1922 auf den Sessel des Ernährungsministers im Kabinett Cuno. Man hat in letzter Zeit mehrfach rheinische Oberbürgermeister an verantwortungsvoller Stelle in der Reichsverwaltung gesehen und sie als wertvolle Kräfte erkennen müssen, denen häufig vermittelnd gelang, woran sich weniger Geschichte die Köpfe einstießen. Vermittlung ist gerade für diese rheinischen Oberbürgermeister schon Tradition, geschiedes Verhandeln ihre fast tägliche Aufgabe. Parteipolitisch liegen die Dinge in Rheinland-Westfalen so, daß in den Stadtverordnetenversammlungen, mit denen die dortigen Oberbürgermeister ja regieren müssen, drei Parteien, nämlich die Sozialdemokratie, das Zentrum und früher die Nationalliberalen, jetzt die Deutsche Volkspartei numerisch oder durch ihren Einfluß zu gleichen Teilen vertreten sind, so daß es dem Oberbürgermeister nur durch Verhandlungen gelingen kann, eine Mehrheit für irgendeine Vorlage herbeizuführen. Diese Verhandlungsgeschicklichkeit, langwieriger Übung entsprossen, hat nun auch Dr. Luther wieder bewiesen, der, im Jahre 1879 in Berlin geboren, als Assessor 1906 in den Magistratsdienst der Stadt Charlottenburg übertrat. Er wurde dann schon im nächsten Jahre Stadtrat von Magdeburg, 1913 Geschäftsführer des Deutschen und Preussischen Städtetages und schließlich 1913 Oberbürgermeister von Essen.

Nachdem der erste Ernährungsminister des Kabinetts Cuno ausgeschieden war, wurde der neue Minister Dr. Luther vor eine mit den Monaten wachsende Aufgabe gestellt, nämlich dem durch den Einbruch in schwerste Bedrängnis geratenen Ruhrgebiet die Ernährung zu sichern. Doch weniger als solcher, als Ernährungsminister unter Cuno gewann er an Bedeutung, sondern vor allem als Reichsfinanzminister in den Kabinetten Dr. Stresemann und dann Marx. Denn unter ihm als Finanzminister ist die Rentenmark eingeführt worden; er vor allem trug die Verantwortung, die furchtbar schwere Verantwortung nicht nur für die Einführung dieser lebensretenden Währung, sondern vor allem dafür, daß diese stabilisierte Währung nicht durch eine neue Inflation wieder hinweggeschwemmt wurde. Und dafür war Dr. Luther der richtige Mann. Wie ein Fels stand er im Meer der Forderungen, die von allen Seiten an ihn heranprallten, Gehaltsforderungen für die Beamten, Sachforderungen für Neuanschaffungen — aber Luther hielt den Damm fest auf dem Portemonnaie des Reiches. Er hatte eine Macht wie nie ein Finanzminister vor ihm, denn durch Reichspräsidentenverordnung war bestimmt worden, daß ohne seine Zustimmung keine Neuaussgabe erfolgen sollte, selbst dann nicht, wenn der Reichstag den Wunsch danach aussprach. Von allen Seiten immer und immer wieder ist dem Reichsfinanzminister zugesetzt worden, wurde unter den schärfsten Streikdrohungen versucht, Gehalts- oder Lohnaufbesserungen zu erringen, — er ist nie gewankt und gewichen. Wenn auch seinem Kopfe nicht der Gedanke der Rentenmark entpungen ist — neidlos hat er das Verdienst daran dankbar anderen zugesprochen — so ist doch sein Verdienst, die Rentenmark gehalten zu haben, ein nicht minder großes. Das Unerhörte geschah: das Reich, das in einer geradezu entsetzlichen Defizitwirtschaft seit Jahren verstrickt war, kam aus diesem Sumpf heraus, erzielte bei seiner Wirtschaft sogar Überschüsse. Dr. Luther war aber auch der Treiber bei den Verhandlungen, die zur Währungsapparatur des Reiches im Interesse größter Sparbarkeit einzuführen und der wachsenden Amtvermehrung rüchichtslos entgegenzutreten.

Der immer freundliche, immer entgegenkommende Mann konnte unerbittlich Nein sagen, ein stark unbegrenztes Nein. Er ist wirklich überparteilich, denn alle Parteien von rechts bis links haben den Mann schätzen gelernt, der jetzt Reichskanzler werden soll. Gleichgültig, ob ein Kabinett der Rechten oder der Linken oder der Mitte gebildet worden wäre, gleichgültig auch durch welche Persönlichkeiten, — daß in allen diesen Kabinetten Dr. Luther Reichsfinanzminister geblieben wäre, war für alle eine Selbstverständlichkeit. Das ist fast sensationell in Deutschland. Wenn er jetzt in seinem eigenen Nest ein Nachfolger erhält, so kann sich Deutschland nur wünschen, daß er im Geiste Dr. Luthers fortarbeiten.

Noch keine Entscheidung in Preußen

Preussischer Landtag.

(4. Sitzung.)

tt. Berlin, 14. Januar.

Die heutige Sitzung, die die Erklärung des Ministerpräsidenten und die Entscheidung über den Fortbestand des gegenwärtigen Staatsministeriums bringen soll, weist im Saal und auf den Tribünen einen außerordentlich starken Besuch auf.

Beileidskundgebung zur Herner Katastrophe.

Präsident Bartels gedenkt bei der Eröffnung der Opfer des furchtbaren Eisenbahnunglücks von Herne. Während die Abgeordneten aller Fraktionen sich von den Sitten erhoben haben, erbittet und erhält er die Ermächtigung, den Angehörigen der Opfer die Teilnahme des Landtags auszudrücken.

Mit Heiterkeit wird die Mitteilung des Präsidenten angenommen, daß die kommunistische Abgeordnete Frau Gölle (Ruth Fischer) auf ihr Landtagsmandat verzichtet hat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Pöck (Komm.), die kommunistische Fraktion habe wichtige Mitteilungen über die wirklichen Ursachen des Herner Eisenbahnunglücks erhalten. Die Katastrophe hätte verhindert werden können, wenn nicht der für die Sicherung des Zuges in solchen Fällen bestimmte zweite Beamte von der Reichsbahngesellschaft abgebaut worden wäre. (Stört! hört! bei den Kommunisten.)

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der Bericht des Geschäftsausschusses über die Anträge auf Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Heydemann, Schulz-Breslau und Schubert. Gemäß dem Antrag des Ausschusses, dessen Bericht Abg. Leinert (Soz.) erstattet, wird debattelos die Haftentlassung beschlossen. Die in der ersten Sitzung gewählten Beisitzer erklären die Annahme ihrer Wahl.

Erklärung des Ministerpräsidenten Braun.

Bei den ersten Worten des Ministerpräsidenten Braun verlassen die meisten deutschnationalen Abgeordneten den Saal, während die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei sitzen bleiben.

Der Ministerpräsident erklärt zunächst, es sei eine falsche Auslegung des Verfassungsartikels 45, wenn gesagt werde, das Staatsministerium müßte nach jeder Neuwahl des Landtags zurücktreten. Man dürfe nicht aus parteipolitischen

Erwägungen eine Änderung der Verfassung verlangen, dazu sei eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wenn der Ministerpräsident in einer wichtigen Frage nicht die Mehrheit des Landtags findet und durch eine Auflösung des Landtags an die Wähler appelliert mit dem Erfolgs, daß die große Mehrheit des Volkes sich für ihn erklärt, so wäre es doch ein Unsinn, wenn er dann zurücktreten müßte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Wirklichkeit handelt es sich hier auch nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine eminent politische Frage. Man will durch die Anwendung formaljuristischer Argumente um eine klare Aussprache über die

politische Frage der großen Koalition

herumkommen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.) Der Ministerpräsident gibt nach dieser Einleitung einen Sachverhaltsbericht über die Tätigkeit und die Erfolge der bisherigen Regierung der großen Koalition. Er wird dabei wiederholt von den Kommunisten und Nationalsozialisten mit dem Ruf „Barmat! Antizität, Seehandlung!“ unterbrochen. Unter der Regierung der großen Koalition, so führt er aus, ist es gelungen, Preußen im Gegensatz zu andern Ländern vor ernstlichen Unruhen zu bewahren. Das Finanzwesen hat sich in den ihm durch die Reichsgesetzgebung gezogenen Grenzen günstig entwickelt. Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge hat Preußen große Leistungen aufzuweisen, ebenso in der Wohnungs- und Siedelungspolitik. Unter der bisherigen Regierung sind 60 000 Dauerwohnungen errichtet worden. — Der Ministerpräsident geht weiter auf die Leistungen im Schulwesen und in den übrigen Ressorts ein. Als er von der Justizverwaltung spricht, machen die Kommunisten lärmende Zwischenrufe, ebenso bei der Erwähnung des Polizeiwesens. Mit Beifall werden die Sätze angenommen, in denen Ministerpräsident Braun der rheinischen Bevölkerung Dank und Anerkennung ausspricht für ihre mannhafte Haltung unter der fremden Besatzung. Ohne das System Seevering, so antwortet er auf einen kommunistischen Zuruf, ständen das Reich und Preußen heute nicht so fest und geschlossen da. (Beifall in der Mitte.)

Nach der Rede des Ministerpräsidenten betreten die Deutschnationalen wieder den Saal. Darauf wird Vertagung beantragt. Im Hammelsprung wird der Vertagungsantrag mit 206 gegen 199 Stimmen angenommen. Das Haus vertagt sich auf Freitag, 16. Januar, Tagesordnung: Aussprache über die Regierungserklärung.

Regierungsvorstellung Freitag.

Berlin, 14. Januar.

Die der Regierungsbildung durch Dr. Luther noch entgegenstehenden Schwierigkeiten sollen nach allgemeiner Annahme noch heute Abend hinweggeräumt werden, so daß morgen die Betrauung Dr. Luthers Tatsache werden soll. Die Schwierigkeiten drehten sich hauptsächlich um die Amtverteilung. Während zuerst der deutschnationale Abg. Wallraf als Innenminister genannt wurde, hörte man später den Namen des Zentrumsmittgl. Oberbürgermeister A. Denauer. Zuletzt bezeichnete man heute den deutschnationalen Fraktionsvorsitzenden Abg. Schiele als kommenden Reichsinnenminister. Als Reichsfinanzminister kam der deutschnationale Abg. Hergt in Betracht, für Post und Verkehr von den Deutschnationalen in Vorschlag gebrachte Sachminister. Von den übrigen Parteien wurden wieder die schon bekannten Namen erwähnt. Für Freitag sieht man der Vorstellung des Kabinetts im Reichstag entgegen. Behauptet wird, es sei in der Vertrauensfrage eine Einigung zwischen den Fraktionen des Zentrums und der Deutschnationalen erzielt worden. Danach soll dem neuen Kabinett Luther zunächst nur die Billigung der Regierungsparteien ausgesprochen werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsches Wirtschaftsabkommen mit Polen.

Die Verhandlungen zwischen einer deutschen und polnischen Delegation über ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen haben zu einem Abschluß geführt. Jeder der vertragschließenden Teile wendet auf die in sein Zollgebiet zur Einfuhr gelangenden Waren des anderen Teiles die jeweiligen Sätze seines allgemeinen autonomen Zolltarifes an. Die allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen zwischen den beiden Ländern werden im März d. J. beginnen. Die beiden Regierungen haben sich vorbehalten, zu diesem Abkommen innerhalb drei Tagen ihre Zustimmung zu erteilen.

Abfindung von deutschen Regiebediensteten.

Auf Veranlassung des Organisationskomitees der Deutschen Reichsbahngesellschaft wird den etwa 3 000 bei der Regie beschäftigt gewesenen deutschen, nichtständigen Hilfsbediensteten, die nach dem 16. November 1924 nicht übernommen werden konnten, ein Abfindungsgeld gewährt. Es werden für männliche Bedienstete bis zum Alter von 20 Jahren je 60, für über 20 Jahre alte je 70 und für weibliche Bedienstete je 60 Mark gewährt.

Anträge des Zentrums im Reichstag.

Ein Antrag des Zentrums, unterzeichnet Fehrenbach, fordert eine Nachprüfung des Lichtspielgesetzes und gesetzliche Maßnahmen zum Schutz unserer Jugend und Volkskultur bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen. Es wird ferner eine gesetzliche Regelung des öffentlichen Theaterwesens angeregt, sowie die Einbringung eines Lehrerbildungsgesetzes und eines Reichsschulgesetzes. Ein Antrag von Guérard fordert Maßnahmen zur Behebung der Not der 24 000 festschließenden Junglehrer und Junglehrerinnen.

Aufhebung der Personalabbauverordnung gefordert.

Dem Reichstage wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Aufhebung der Personalabbauverordnung und die Änderung des Reichsbeamtengesetzes fordert. Verlangt wird die Wiederherstellung der ehemaligen Rechtsverhältnisse; u. a. sollen die entlassenen unkündbaren Beamtinnen ebenso behandelt werden wie ihre männlichen Kollegen.

Die Affäre der Wohnstätten-G. m. b. H.

Die Untersuchung in Sachen Barmat hat bekanntlich zu der Feststellung geführt, daß u. a. auch die Geschäftsführung der Wohnstätten-G. m. b. H. in satzungswidriger Weise einem Erwerbsunternehmen, und zwar einer Filmgesellschaft, Kredite gewährt hat. Mit Rücksicht darauf, daß der Wohnstätten-Gesellschaft Darlehen aus öffentlichen Mitteln für Bauzwecke zur Verfügung gestellt worden waren, hatte der Rechnungshof des Deutschen Reiches im Zusammenwirken mit dem Reichsarbeitsministerium eine Untersuchung eingeleitet. Mit der disziplinarrechtlichen Untersuchung ist Ministerialrat Griesmeyer im Reichsarbeitsministerium beauftragt worden.

Der Bayerische Landtag zur Nichträumung Kölns.

Im Bayerischen Landtag kam es zu einer großen Kundgebung gegen die Nichträumung der Kölner Zone. Ministerpräsident Dr. Held hielt eine längere Rede, in der er noch einmal den Vertragsbruch der alliierten Mächte darlegte und die fadenscheinigen Gründe, die für die Nichträumung der ersten Zone angegeben wurden zerpfückte. Es könne, sagte er, nie Frieden werden, wenn Recht und Vertrag immer wieder mißachtet und schändlich gebrochen würden und die nackte Gewalt immer wieder an ihre Stelle gesetzt werde. Nach der Rede des Ministers wollten die Kommunisten eine Erklärung abgeben; diese Erklärung wurde jedoch durch einen Antrag auf Schluß der Debatte verhindert.

Überfall auf einen thüringischen Landtagsabgeordneten.

Vor dem Sitzungssaal des Thüringer Landtags wurde, wie aus Weimar berichtet wird, der deutschnationale Abgeordnete Otto Großtaubatz von drei kommunistischen Abgeordneten überfallen und so schwer mißhandelt, daß er mit einer blutenden Kopfwunde liegenblieb. Die Sitzung des Landtages wurde sofort abgebrochen.

Regierungsprogramm in Braunschweig.

Im Braunschweigischen Landtag stellte sich das neue bürgerliche Staatsministerium vor und gab das Regierungsprogramm bekannt. Das Ministerium kündigte Sparsamkeit, Abbau der steuerlichen Belastung, Förderung des Berufsbeamtentums, Schutz der bodenständigen Wirtschaft, Abbau der Wohnungszwangswirtschaft an. Der christliche Charakter der Schule soll erhalten werden.

Frankreich.

X Englisch-französische Schuldenkonferenz. Die interalliierte Finanzkonferenz in Paris ist geschlossen worden. Es soll aber im Februar oder März zwischen Frankreich und Großbritannien noch eine

besondere Zusammenkunft zur Regelung der französischen Kriegsschulden an England stattfinden. Als Vorbereitung hierzu soll ein Besuch Clemenceaus in London dienen. Einige französische Stimmen waren davor, sich England gegenüber festzulegen, bevor die Vereinbarungen mit Amerika getroffen sind.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Berlin-Brandenburg, veranstaltete eine Kundgebung mit Fackelzug für den Reichspräsidenten. Es nahmen etwa 4000 Personen daran teil.

Berlin. Geheimrat Wiedfeldt, der bisherige deutsche Botschafter, verläßt am 20. Januar Washington, um wieder in das Direktorium der Firma Krupp in Essen einzutreten.

Berlin. Am Reichstage wurde ein Antrag eingebracht, der die Schaffung eines endgültigen Reichswirtschaftsrates fordert.

Berlin. In der Präsidialsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurde als Nachfolger Dr. Georges Scheimrat Dr. h. c. Duisberg einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Hannover. Wie man erfährt, sind Bestrebungen im Gange, den früheren Reichsminister Dr. Jarres als Oberbürgermeister der Stadt Hannover zu gewinnen.

München. Zum Zwecke von Zeugenvernehmungen in der Rathenau-Mordsache wollte dieser Tage der Untersuchungsrichter am Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik Landgerichtsdirektor Richter aus Leipzig in München.

München. Der Landtag lehnte einen völkischen Antrag ab, den Abg. Böhrer zeitweilig aus der Strafkast zu entlassen.

München. Abg. Fichtberg ist aus dem völkischen Block ausgetreten und hat sich den Deutschen national angelgeschlossen. Die völkische Fraktion im Bayerischen Landtag ist damit von anfangs 23 auf 16 Mitglieder gesunken.

Paris. Der radikale Painlevé ist wieder mit großer Majorität zum Kammerpräsidenten gewählt worden.

Paris. Pariser Blättern zufolge soll demnächst ein Lebensmitteldiktator ernannt werden, um das weitere Wachsen der Teuerung in Lebensmitteln zu verhindern.

Newyork. Die amerikanische Regierung hat vier amerikanische Zerstörer nach Schanghai geschickt. Befürchtungen besagen, daß die Truppen Chis die Militärbaracken in Nanking in Brand gesteckt hätten.

Washington. Vom Weißen Hause wurde eine Erklärung abgegeben, daß die Nachrichten, wonach der Wechsel in den Ministerien auch zu einer Änderung der bisher von Hughes im Staatsdepartement befolgten auswärtigen Politik führen werde, unbearbeitet sind.

Deutscher Reichstag.

(5. Sitzung.) OB. Berlin, 14. Januar.

Präsident Loh gedachte zu Beginn der Sitzung, während das Haus sich erhob, des furchtbaren Eisenbahnunglücks bei Gerne.

Er führte dabei aus: „Über 20 unserer Landsleute sind dabei getötet worden. Eine weit größere Anzahl hat schweren Schaden an der Gesundheit erlitten. In einem Bezirk, der in den letzten Jahren so unendlich viel getragen und viele Menschenopfer gebracht hat, ist schwerer Unglück über viele Familien gekommen. Mit der Bevölkerung des betroffenen Landes steht der Deutsche Reichstag in tiefer Trauer an der Bahre der Getöteten und spricht den Angehörigen und den Verletzten seine herzlichste Teilnahme aus.“

Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen den sozialistischen Abg. Schulz-Königsberg und den nationalsozialistischen Abg. Henning sowie auf Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den deutschnationalen Abgeordneten Berndt wurden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, ebenso ein Antrag des Abg. von Heinichen von der Deutschen Volkspartei, wonach kleine Anfragen aus dem Gebiete der auswärtigen Politik von der Reichsregierung binnen 14 Tagen wieder mündlich beantwortet werden können. Einstimmig angenommen wurde ein demokratischer Antrag, der von allen Parteien unterstützt wurde, wonach der Ausschuß zur Untersuchung der Kriegsurfachen wieder eingesetzt werden solle.

Auf der Tagesordnung standen dann Anträge aller Parteien über die Erwerbslosenfürsorge. Auf eine Verhandlung wurde von den Parteien verzichtet, da noch keine verhandlungsfähige Regierung vorhanden ist.

Im Ältestenrat wurde beschlossen, daß am Freitag unter Umständen die Erklärung der neuen Regierung auf die Tagesordnung gesetzt werden solle.

Abg. Brey (Sozialdemokrat) erklärte, die schleunige Erledigung dieser wichtigen Anträge dürfe zwar nicht verzögert werden, man könne aber nicht kritisieren in einem Augenblick, wo es eine verantwortliche Regierung nicht gäbe. Sämtliche Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Das Haus vertagte sich darauf auf morgen, um wieder Anträge aus dem Hause zu beraten.

Präsident Loh hatte in der Debatte über die Tagesordnung erwähnt, daß Dr. Luther, der die meiste Aussicht habe, eine Regierung zu bilden, mitgeteilt habe, daß eine Regierungserklärung frühestens am Freitag abgegeben werden könne.

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Vorchart.

72) (Nachdruck verboten)

Ein warmer Septembermorgen mit leuchtendem Sonnenschein, der über den nahenden Herbst hinwegtäuschte, war angebrochen.

Auf Stolzenau hatte man sich gerüstet, den neuen Majorats Herrn, der sich heute an der Seite Justizrats Braun seinen Verwandten vorstellen wollte, zu empfangen.

Aribert hatte es unterlassen, den Fürsten Alexander zu bitten, sich zur Feststellung der Identität nach Stolzenau zu bemühen.

Es war überflüssig geworden, da die von Vetter Rüdiger gestellten Zeugen, unter denen zwei ihm persönlich bekannt waren, ihm einen Besuch auf Stolzenau gemacht und jeden Zweifel vollständig beseitigt hatten. Er hatte sich auch in sein Schicksal gefunden und war über seine Zukunft vollständig im klaren. Daß der Vetter ihm hätte sagen lassen, er möge sich vorläufig noch als Besucher fühlen, fand er lächerlich, doch gab es der Formalitäten genug, um einstweilen noch hier-zubleiben.

Seine Mutter und Schwester zögerten auch noch mit der Abreise, obgleich alles dazu vorbereitet war. Jedenfalls wollten sie zum Empfang zugegen sein. Linda war trotz allem neugierig und gespannt auf den Vetter, mit dem sich ihre Phantasie schon so lange beschäftigt hatte, als sie auf Stolzenau weilten. Sie konnte nur schwer ihre Unruhe meistern und blickte fortwährend zum Fenster hinaus, um den Wagen, der ihn von der Bahnstation abholen sollte, einfahren zu sehen.

Aribert durchmaß unterdes das Zimmer mit schnellen Schritten. Verflucht! — Es war doch keine Kleinigkeit, mit einem Male von der Höhe des Besitzes in die alten, kleinsten Verhältnisse zurückgeschleudert zu werden! Obgleich er damit von Anfang an gerechnet hatte, traf es ihn jetzt hart. Aber er wollte dem Vetter stolz zeigen, daß er dessen Tod nicht gewünscht, sondern in den ganzen zwei Jahren sich nur als sein Stellvertreter gefühlt hatte und jetzt mit Würde auf das stolze Besitztum zu seinen Gunsten verzichtete.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Milderung der Krise.

Die Krise, die in den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen eingetreten war, kann als gemildert angesehen werden. Die Verhandlungen werden, entgegen den französischen Pressenachrichten, fortgesetzt. Der französische Handelsminister hat der deutschen Delegation eine schriftliche Fassung seiner Vorschläge mit einem Begleitschreiben zugestellt. Die deutsche Delegation erklärt sich in ihrer schriftlichen Antwort bereit, in einer Zusammenkunft der beiden Delegationen die französischen Vorschläge noch einmal zu besprechen und zu ihnen Stellung zu nehmen. Inzwischen nehmen die Besprechungen der beiderseitigen Sachverständigen ihren Fortgang.

Der von der französischen Delegation übergebene neue Vorschlag sieht nur eine beschränkte Meistbegünstigung vor und verläßt damit die Basis des von beiden Seiten in den bisherigen Verhandlungen zugrunde gelegten Protokolls vom 12. Oktober 1924.

lokales und Provinzielles.

Halver, den 16. Januar 1925.

□ Wertbriefverkehr mit Finnland. Fortan sind Wertbriefe nach Finnland mit unbegrenzter Wertangabe zugelassen.

□ Vorauszahlungen leistungsschwacher Steuerpflichtiger. Bei den bisherigen Einkommensteuervorauszahlungen war auf leistungsschwache Personen dadurch Rücksicht genommen, daß bei ihnen regelmäßig Vorauszahlungen nicht erhoben wurden, wenn die Jahreseinnahmen nicht mehr als 600 Reichsmark (also im Vierteljahr nicht mehr als 150 Reichsmark) betrugen. Wenn das Einkommen über diesen Betrag hinausging, waren Vorauszahlungen vom vollen Einkommen zu erheben. Zur Milderung der darin liegenden Härten hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß bei derartigen Steuerpflichtigen, deren Einkommen zwar im Kalenderjahr 1924 600 Reichsmark überstiegen hat, aber nicht über 900 Reichsmark hinausging, auf Antrag für das vierte Kalendervierteljahr, also bei der am 10. Januar 1925 fälligen Vorauszahlung ein Einkommensbetrag von 150 Reichsmark freigelassen werden kann. Als leistungsschwache Steuerpflichtige im Sinne dieser Bestimmung gelten Personen, die erwerbsunfähig oder in der Erwerbsfähigkeit beschränkt oder über 60 Jahre alt sind und deren Einkünfte im wesentlichen aus Renten oder Anteilen, aus Vermietung oder Verpachtung von Grundbesitz oder aus laufenden Zuschüssen oder Unterstützungen herrühren.

—* Das Versorgungsamt Soest teilt uns mit: „Militärrentenempfänger, Rentenantragsteller, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene solcher wenden sich mit Anfragen und Anträgen in Versorgungsangelegenheiten irtümlicherweise noch oft an das Reichsarbeitsministerium oder an das Hauptversorgungsamt, anstatt an das für ihren Wohnort zuständige Versorgungsamt. Die Gesuchsteller werden darauf aufmerksam gemacht, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie sich mit Anfragen und Anträgen stets unmittelbar an das Versorgungsamt wenden.“

+ Schalksmühle, 14. Jan. Der für die Kirchenwahlen eingereichte Wahlvorschlag enthält folgende Namen: 1. Karl Bedhof, Dahlebrück. 2. Ed. Brenner, Dahlebrück. 3. Herm. Baudloh, Schalksmühle, Bergstraße. 4. Adolf Bede, Schalksmühle, Bahnhofstraße. 5. Aug. Cramer, Schalksmühle, Bergstraße. 6. Carl Dahlhaus, Stephansohl. 7. Otto Eversberg, Lauen-scheiderohl. 8. Carl Effey, Klagebach. 9. Frib. Fischer, Klagebach. 10. Fr. W. Fischer, Dahlhausen. 11. W. Hahn, Schalksmühle, Hölverstraße. 12. Otto Holtzhaus, Schalksmühle, Bergstraße. 13. Martin Holtzhaus, Dahlebrück. 14. Fr. W. Krügeloh, Schalksmühle, Volmestraße. 15. Hugo Kerspe, Klagebach. 16. Heinz Kimm, Dahlebrück. 17. Ernst Krügeloh, Flaklamp. 18. Karl Kalt-hoff, Schalksmühle, Jägerstraße. 19. Martin Kaiser, Schalksmühle, Jägerstraße. 20. Karl Loosenbeck, Dahlebrück. 21. F. W. Loh, Rothhausen. 22. W. Löwen, Schalksmühle, Hölverstraße. 23. Gust. Martin, Flak-lamp. 24. Aug. Müller, Niederreewinkel. 25. Karl Rothstein jr., Schalksmühle, Bahnhofstraße. 26. Aug. Rittinghaus, Schalksmühle, Hölverstraße. 27. F. W.

Diese Gedanken gaben seiner Haltung etwas Sicheres, aber als Linda plötzlich erregt ausrief: „Da kommt der Wagen!“ zuckte er doch zusammen. Im nächsten Augenblick hatte er sich freilich schon wieder in der Gewalt, und ein Scherzwort flog zu den Seinen hin-über.

Wenige Minuten später trat der Diener mit der Karte des Grafen Rüdiger ein. Er war schon vorher genau instruiert worden, daß er den neuen Majorats-herrn zunächst in das Empfangszimmer zu geleiten hatte und nach Meldung beim Grafen Aribert in dessen Arbeitszimmer, wo dieser dem Vetter zunächst allein, ohne Zeugen entgegentreten wollte.

So machte Aribert jetzt nur eine kurze, entlassende Handbewegung und fuhr den Diener unwirksam an, als dieser zögernd an der Schwelle stand, als ob er noch etwas sagen wollte.

Jetzt machte er, daß er hinauskam, und Aribert folgte ihm auf dem Fuß und betrat sein Arbeitszim-mer.

In seinen Adern pulsierte das Blut stürmisch. Es legte sich etwas über seine Augen, wie ein Nebelstrei-fen, durch den hindurch er kaum die Tür nach dem Empfangsraum sehen konnte.

Nun wurde die Tür geöffnet und jemand trat über die Schwelle.

Aribert gab sich einen energischen Ruck und machte dem Eintretenden einige Schritte entgegen.

Plötzlich stieg er — die ausgestreckte Rechte samt herab, und eine ärgerliche Falte bildete sich auf seiner Stirn.

„Was wollen Sie zu dieser Stunde hier, Seeger, und wer ließ Sie ein?“ herrschte er den ehemaligen Hauslehrer unmutig ob der Störung an. „Ich habe augenblicklich keine Zeit für Ihre Angelegenheiten, denn ich erwarte meinen Vetter, den Majorats Herrn von Stolzenau.“

„Der — bin ich!“

Aribert sah den Mann, dessen eleganter Anzug u. stolze, aristokratische Haltung ihn nicht zum ersten Male auffiel, an, als habe er sich verhört.

„Was meinten Sie?“

„Ich bin Rüdiger von Stolzenau.“

„Bitte, keine unpassenden Scherze jetzt!“ unterbrach Aribert ihn streng. „Ich bin dazu augenblicklich nicht

Seip, Klagebach. 28. Karl Steinseifer, Schalksmühle, Mothstraße. 29. Karl Stich, Schalksmühle, Jägerstraße. 30. Ernst Epelsberg, Schalksmühle, Bergstraße. 31. Fr. Schrieber, Schalksmühle, Hölverstraße. 32. Fr. Schar-wächter, Schalksmühle, Bahnhofstraße. 33. Gustav Schröder, Schalksmühle, Grabenstraße. 34. Wilh. Stiebing, Schalksmühle, Friedhofstraße. 35. Fr. Schwake, Dahlebrück. 36. Heinrich Weinberger, Schalksmühle, Bergstraße. 37. Fr. W. Weyland, Linscheid. 38. Fr. Werthmann, Döh.

= Oberbrügge, 15. Jan. Unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Buschhaus-Abzelle ist ein bei den Bahnarbeitern beschäftigter älterer Erdarbeiter heute früh tot aufgefunden worden. Vermutlich muß derselbe beim Uebergang der Brücke abgestürzt sein.

* Kierspe, 15. Jan. Eine Sitzung des Jugend-pflegeausschusses. Am Freitag, den 9. Januar, fand im Sitzungszimmer des Amishauses unter Vorsitz des Ant-mannes nach langer Pause eine Sitzung des Ortsaus-schusses der Jugendpflege statt. Eingehend besprochen wurde die Frage der Jugendherberge und zwar wurden die Platzfrage und die Planfrage behandelt. Die erste Anregung zum Bau einer Jugendherberge hat der ver-storbene Sanitätsrat Dr. Deisting gegeben. Nach viel-seitigen Erwägungen kam man dahin, daß die Herberge entweder an den Bahnhof oder nach Kierspe gehöre. Der Preis würde 20—25000 Mark betragen, und soll durch freiwillige Sammlungen, nicht bloß in der heimi-schen Gemeinde, sondern auch darüber hinaus, Vorträge aus diesem Gebiet (Eintrittsgeld), Vorträge sonstiger Art (musikalische, theatrale usw.), Vorlesungen usw. aufgebracht werden. Die Ausprache und Diskussion darüber war eine vielseitige mit mannigfaltigen An-regungen. Die Abstimmung mit 7 : 7 Stimmen ergab, daß man den Bau einer Jugendherberge sowohl als den einer Turnhalle als nötig anerkenne; den Bau einer Jugendherberge sympathisch gegenüberstehe. Es wurden ferner Fragen des Schwimmsportes erörtert. Dafür war durch Herrn Engstfeld-Bollwerk die Zubach-Sperre frei-gegeben worden. Der 3. Punkt betraf den Schneeschuh-sport. Es sind zwei Paar Schneeschuhe (Eichenholz) be-liefert worden und wurden jeder Schule (mehrklassig) ein Paar überwiesen. Punkt 5 betraf die Lichtbilder-vorführungen. Es wurde bei diesem Thema die Mit-teilung gemacht, daß ein Herr Bauer-Münster, sobald sein Techniker frei sei, hier spielen und seinen Film vor-führen werde, auf seine Kosten. Der 6. Punkt betraf den Rodelsport. Rodelfreude ist das Gefälle hinter dem Amtshaus nach Halver zu. Der Rorkenberg und auch die Hauptstraße in Kierspe-Bahnhof dürfen in Zukunft nicht mehr berodelt werden, wegen Autogefährdung, da sonst der Autoverkehr eingestellt werden muß. Mit dem Dank des Vorsitzenden für das zahlreiche Erscheinen und die rege Mitarbeit wurde die Versammlung gegen 9 Uhr geschlossen.

Lüdenscheid, 14. Jan. Bessere Zugverbindung. Der Jahresanfang hat für den Personenverkehr Lüden-scheid—Hagen insofern eine Verbesserung gebracht, als der Personenzug 12,51 ab hier Samstag in Brügge so-fort Anschluss nach Hagen hat, wo man bereits um 2,05 Uhr eintrifft und die Anschlüsse nach Elberfeld, Dort-mund usw. bequem erreichen kann. So weit läßt sich die Geschichte ganz gut an. Nur ein Uebelstand macht sich unliebsam bemerkbar. Der Zug, der in Brügge zusammengestellt wird, ist ungeheizt. Wäre es nicht zweck-mäßiger, die Lokomotive in Brügge etwas früher vor-zuppannen, damit der Zug bei Eintritt der Fahrt durch-wärmt ist? — Raubüberfall. In der verkehrsreichen Zeit, am verkossenen Sonnabend, etwa gegen 6 Uhr abends, wurde bemerkt, daß drei junge Burschen sich den belebten Verkehr in der Wilhelmstraße zunutze mach-ten, um einer weiblichen Person die Handtasche zu ent-reißen. Die Tat gelang jedoch nicht. Die drei Bur-schen stürmten, als sie bemerkt wurden, auseinander und konnten trotz sofort aufgenommener Verfolgung, nicht eingeholt werden. Die angegriffene Person sowie Au-genzeugen werden von der Kriminalpolizei (Rathaus) ge-lucht.

aufgelegt. Treten Sie einzuweisen in das Nebenzim-mer, wenn Sie mich durchaus heute noch sprechen wol-len, und warten Sie dort ab, bis“ —

„Aribert — Vetter!“ rief der andere jetzt, indem er seine Hand ausstreckte und einige Schritte auf den Grafen zu machte. „Ich bin es wirklich, glaube es mir, auch wenn es dir naturgemäß unwahrscheinlich vorkommt. — Ich täuschte dich und die anderen einige Monate aus Gründen, die ich dir nachher erklären will. Ich bin nicht Seeger, unter dessen Namen ich einige Zeit den Hauslehrer der Geroldsteiner Kinder spielte, sondern wirklich und wahrhaftig dein Vetter Rüdiger von Stolzenau.“

„Das — ist stark!“ entrang es sich jetzt schwer den Lippen Ariberts. Dabei verzog sich seine Züge und eine tiefe Blässe lag auf ihnen. Plötzlich lachte er rauh auf.

„Sehr gut — ausgezeichnet, Seeger — wirklich! Ich habe zwar stets Ihre — sagen wir Kühnheit, be-wundert. Doch dieses Stüdchen übertrifft alles. Sie wollen mein Vetter Rüdiger sein und glauben, daß ich auf den Ull hereinfallen werde? Haha!“

In Graf Rüdigers Gesicht zuckte es, und kalter Schweiß perlte von seiner Stirn.

„Draußen im Vorzimmer wartet Justizrat Braun, er hat die Beweise — laß ihn eintreten.“

„Nun gut,“ rief Aribert, vor Erregung ganz hei-fer, „er soll kommen, aber“ — in seinen Augen fun-kelte es drohend auf — „vorher will ich wissen, — was Sie veranlaßt hat, diese — schmachvolle Komödie zu spielen — welche Zwecke Sie damit verfolgten, und warum Sie nicht offen und ehrlich mit Ihren Ansprü-chen hervorgetreten sind und Ihr Erbe von mir gefor-dert haben! Sie hätten es erhalten, auch ohne mir — vorher — feige nachzuspielen aus dem Hinter-halt —“

„Aribert!“ rief der andere mahnend dazwischen.

Aribert machte eine abwehrende Handbewegung.

„Die Gründe also?“ stieß er zwischen den Zähnen hervor.

(Fortsetzung folgt)

Wetter-Aussichten.

17. Jan.: Wolken, teils Sonne, viel Wind, gelinde.
18. „ Wenig verändert.
19. „ veränderlich, Niederschläge, milde, Wind.
20. „ veränderlich, Tags gelinde, Nachts kalt.
21. „ veränderlich, naßkalt.
22. „ Wolken, oft trübe, strichweis Niederschlag, ziemlich kalt.
23. „ kaum verändert.

Arbeiter und Angestellte.

Dortmund. (Die christlichen Bergarbeiter zu den Fragen der Arbeitszeit und Entlohnung.) Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hielt im Ruhrrevier eine Anzahl Funktionskonferenzen ab, um die Frage der Arbeitszeit zu behandeln. Sie nahmen Stellung zu der Frage der Arbeitszeit für die Hochöfen- und Stokerarbeiter und forderten für diese Betriebe die möglichst baldige Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und für die Gedingearbeiter die Lohnerhöhung des letzten Schiedsspruches in Höhe von 8,93 %.

London. (Zunehmende Arbeitslosigkeit in England.) Am 5. Januar betrug die Zahl der Arbeitslosen in England 1.307.800, also 33.900 mehr als in der Vorwoche und 40.000 mehr als zur gleichen Zeit im vorigen Jahre. Diese bedeutende Zunahme der Arbeitslosigkeit läßt sich zum Teil durch die anhaltenden Stürme und Nebel erklären.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Wieder unbegründete französische Kriegsverurteilung gegen deutsche Offiziere. Pressenotizen zufolge haben französische Kriegsverurteilungskontumazialurteile gegen die Generale v. Boellner, v. Heinrich, v. Graevenitz, den Major v. Tessin, den Rittmeister Himmel, den Oberleutnant v. Gerlein ausgesprochen. Das Reichsgericht, das diese Fälle bereits eingehend untersucht hat, ist zu dem Urteil gelangt, daß die französischen Beschuldigungen vollkommen unbegründet sind.

§ Beginn eines Kommunistenprozesses. Vor dem Süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik begann unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner eine auf drei Tage berechnete Verhandlung gegen württembergische Kommunisten wegen Hochverrats und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Es handelt sich um zwei Gruppen von je acht Angeklagten, von denen die erste, Marschall und Genossen, beschuldigt wird, Sprengstoffe beschafft, die zweite, Wittmann und Genossen, diese gelagert und zur Herstellung von Handgranaten verwendet zu haben.

§ Wegen schwerer öffentlicher Beleidigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid hatte sich vor dem Leipziger Amtsgericht der frühere verantwortliche Schriftleiter der inwärtigen eingegangenen böllischen Mitteldeutschen Rundschau, Leipzig, Alfred Müller aus Düsseldorf zu verantworten. In einer Notiz vom 21. Juni 1924 war Dr. Breitscheid wegen seiner Reise nach Paris des Landesverrats bezichtigt worden. Er habe inwärtig beim französischen Ministerpräsidenten Herriot nur versucht, Vorteile für sich und seine Partei herauszuholen. Müller wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Auf Kosten des Angeklagten wird das Urteil in der Frankfurter Zeitung, Böllischen Zeitung, in der Neuen Preussischen Zeitung, der Vossischen, der Deutschen Zeitung und im Vorwärts veröffentlicht werden.

Börse und Handel.

* Berliner Börsenbericht vom 14. Januar. Die Börse beurteilt die innerpolitische Lage zureichender als je zuvor. Es lagen ungewöhnlich zahlreiche Kaufordere namentlich auch aus der Provinz und dem Ausland vor. Montanwerte, Elektrizitätswerte, Bankaktien und chemische Werte standen im Mittelpunkt des Geschäfts und konnten teilweise nicht unerhebliche Kursgewinne verzeichnen. Bemerkenswert ist, daß die Hausbewegung gegen Schluß der Börse sich noch verschärfte. Die Geldverhältnisse sind weiterhin sehr flüssig, tägliches Geld stellte sich auf 8 bis 11 %, Monatsgeld auf 9 bis 12 %. Die inländischen Anleihen nahmen nicht im vollen Umfang an der Hausbewegung der übrigen Märkte teil. Entscheidend ist hier die zurzeit noch nicht bekannte Neubefestigung des Postens des Reichsfinanzministers.

* Die Berliner Devisenbörse vom 14. Januar nennt amtlich: Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 19,94-19,99; holl. Gulden 169,34-169,76; Danz. 79,20-79,40; franz. Franc 22,41-22,47; belg. 20,94-21,00; Schweiz. 80,82 bis 81,02; Italien 17,40-17,44; schwed. Krone 112,91 bis 113,19; dän. 74,58-74,76; norw. 63,87-64,03.

* Amtlicher Schlachtviehmarkt. Berlin, 14. Januar. Auftrieb: Rinder 2449, darunter Bullen 719, Ochsen 646, Kühe und Färken 1084, Kälber 2878, Schafe 4536, Schweine 8941, Ziegen 15, Schweine aus dem Ausland 977. Preise: Schafe a) 48-52, b) 42-44, c) 37-40, d) 30-34; Bullen a) 44 bis 46, b) 40-42, c) 35-38; Kühe und Färken a) 45-50, b) 38 bis 42, c) 30-34, d) 25-28, e) 20-22; Kälber a) 40-42, b) 38-40, c) 35-37, d) 30-32; Schweine a) 40-42, b) 38-40, c) 35-37, d) 30-32; Ziegen 20-25. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig. — Vom 3. bis 5. Mai Mastviehauktion.

* Widerrufung von Ausfuhrfreigaben. Die mit Wirkung vom 16. Januar 1925 vom Reichswirtschaftsminister verordnete Aufhebung des Ausfuhrverbotes für die Waren der Tarifnummer 156s (rohe, auch entsetzte Knochen, Knochenzäpfchen (Hornspitzen), Hufe und Klauen, zu anderen als Schmelzwaren) ist bezüglich der Knochen mit Ausnahme der Hörner und bezüglich der Knochenzäpfchen rückgängig gemacht worden.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr.					
	14. 1.	13. 1.		14. 1.	13. 1.
Weiz., märk.	247-254	244-249	Weizfl. f. Br.	16,2	16-16,2
pommerscher	—	—	Roggl. f. Br.	15,9-16	15,5-15,7
Rogg., märk.	236-243	234-240	Raps	—	405
pommerscher	—	—	Leinfaat	—	420-425
westpreuß.	—	—	Vitrol.-Erbs.	31-35	31-34
Futtergerste	212-231	205-225	fl. Speiserbs	21-23	21-23
Braugerste	295-310	285-296	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	186-195	180-191	Peluschken	17 17,5	17,0-17,5
pommerscher	176-185	170-183	Ackerbohnen	18-20	18-20
westpreuß.	—	—	Widen	16-18	16-18
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12-13	12-13
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	16-16,5	16-16,5
Wln. br. infl.	—	—	Seradella	—	—
Sack (feinst.)	—	—	Napfkuchen	18,4-18,5	18,4-18,5
Wrl. u. Rot.)	33,2-35,7	33-35,5	Leinfuchen	26	26
Roggenmehl	—	—	Trockenschf.	9,5-9,8	9,3-9,8
p. 100 Kil. fr.	—	—	ow. Zuckern.	—	—
Wln. br. infl.	—	—	Torfm. 30/70	9,6-10	9,6-10
infl. Sack	33-35,5	32,7-35,2	Kartoffelstf.	19,6-19,8	19,5-19,8

Schiffahrt Wlb. Bel jr., Halber i. Westf.

Nachbarschaft Halver.

General- Versammlung.

am Sonntag, d. 18.
Jan. 1925, nachm. 4 1/2
Uhr, im Vereinslokal bei
Herrn Ewald Hedemann.

Die Tagesordnung
wird in der Versamm-
lung bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Konfektionshaus Siegfried Gärtner

Altenhagenerbrücke 3.
Hagen i. W.
2 Minuten vom Hauptbahnhof.

Auf Teilzahlung

erhalten Sie bei mir gegen geringe Anzahlung und bequeme Abzahlung:

**Herren - Konfektion
Damen - Konfektion
Kinder - Konfektion
Manufakturwaren**

Sofortige Mitnahme bei Anzahlung.

Bis 24. ds. M. INVENTUR-AUSVERKAUF.

Carlshöhe-Halver.

Samstag, den 18. Januar
nachm. 4 1/2 Uhr

Sinfonie-Konzert.
Eintritt frei!

Verstärktes Schöningische
Salon-Orchester

Nachfolgend
BALL.

Entree für Ball 1.—.

Hebetermine

für Grundvermögens-, Hauszins-, Gewerbe-
steuer usw. findet statt in Schalksmühle am
Dienstag, den 20. Januar 1925, vormittags
von 8-11,30 Uhr im Verwaltungsgeschäftszimmer
Bahnhofstr. 5.

Das Kassenlokal in Halver bleibt an diesem
Tage geschlossen.

Halver, den 14. Jan. 1925.

Der Amtmann.

Versteigerung.

Am Samstag, den 17. d. Mts., vor-
mittags 8 1/2 Uhr, wird die Stadtgemeinde
Wipperfurth die vom Reich erworbenen

Möbeln, Haushaltgegenstände,
komplette Schlafzimmer u. Küchen,
1 eich. Schreibtisch, Betten, Wäsche,
Porzellan, u. mehrere Kinderbetten

auf dem Lager von Herrn Heinr. Schierer in
Wipperfurth, Bahnstr., öffentlich meistbietend
gegen Vorzahlung verkaufen.

Wipperfurth, den 15. Januar 1925.

Der Bürgermeister.

Empfehle: Obstbäume

in allen Formen und bester Qualität,
garantiert sortenrecht zu mäßigen Preisen.

Bei Freud u. Leid Innendekoration,
sowie Anfertigung von Bindereien
— in geschmackvoller Ausführung. —

Als schöne
Geschenke große Auswahl in
Blumenkörbchen, Topfblumen
von 1 Mk. an.

Fritz Vormann,

Gärtnerei,
Schalksmühle, Telefon 168.

Nach erfolgtem Umzug befinden
sich unsere Geschäftsräume

Mittelstr. 19

Wie bisher führen wir auch
in unseren neuen Räumen

**Herren- und
Jünglingsbekleidung**

in nur soliden Qualitäten
und bester Verarbeitung, zu
niedrigsten Preisen.

Merkur
Hagen i. W.

Jetzt Mittelstr. 19.

Inventur-Ausverkauf.

Habe vom

15. bis Ende Januar

Großen Ausverkauf.

Gute Ware u. äußerst billige Preise.

Paul Schulte, Halver,

Damen-, Herren-, Knaben- u. Mädchen-Konfektion.

Mädchen, Frauen und Burschen

stellen jetzt und zu Ostern ein

Dr. Deisting & Co., G. m. b. H.

Kierspe i. Westf.

Arbeiterinnen

für leichte, saubere Arbeit
sowie

jügl. Arbeiter

stellen ein

Bender & Wirth,
Kierspe-Whf.

Mädchen und jügl. Arbeiter

gesucht.

Casp. Arn. Winkhaus,
Carthausen.

Jg. Arbeiter

16-18 Jahre alt
für Fabrik und Lager
gesucht.

Gebr. Winter,
Oberbrügge.

Ordentlicher

Arbeiter

findet dauernde Beschäf-
tigung bei

Winkhaus & Schürmann
Deckinghausen.

Mehrere

Arbeiter

gesucht

Adolf Lausberg,
Halver, Staatsbahnhof.

Junggeselle,

Gutsbesitzer,
sucht ein

älteres Bauernmädchen

als

Haushälterin
zur späteren

Heirat.

— Geld nicht nötig. —

Offerten unter N. P.
26 an die Geschf. des
Allg. Anz. Halver.

Wir suchen zum 1.

April einen

Lehrling

für das Kontor
und einen für die
Werkzeug- und
Maschinenschlosserei.

Nur Söhne achtbarer
Eltern wollen sich melden.
Gute Schulzeugnisse Be-
dingung.

Reiz & Schürmann
G. m. b. H.,
Halver i. W.

Zum baldmöglichen
Eintritt ein

Lehrling

für meine Hufe- und
Wagenschmiede
gesucht.

Wilh. Haase,
Kierspe.

Allg. Ortskrankenkasse
der Gemeinde Halver.

Die Beiträge zur
Erwerbslosenfürsorge
betragen ab 1. Jan.
20% der Kranken-
kassenbeiträge.

Glückfelder
Schweine-

Versicherungs-Verein.

Samstag, d. 17. Jan.
abends 7 Uhr, im Lo-
kale der Wwe. Suffer,
Rotthausen

**Jahres-Haupt-
Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Rechnungslage.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Bezugs- und Abzah-
lungsgenossenschaft Anschlag.

Zur Frühjahrse-
stellung wird um Angabe
der erforderlichen Mengen

**Düngemittel
Pflanzkartoffeln
u. Saatgetreide**

sowie

Klee u. Grasfämereien
bis spätestens zum 25.
d. Mts. gebeten. Sämt-
liche Futterstoffe sind auf
Lager vorrätig.

**Bäuerl. Bezugs- u. Abzah-
lungsgenossenschaft Kierspe-Whf.**

Zur

Frühjahrsbestellung

wird um Angabe des
benötigten Quantums an

Saatgetreide

entgegengenommen.

Saathartoffeln

Saathäfer,

Klee- u. Grasfämereien

Blütenkarton liefert
schnellstens
Druckerei Wlb. Bel jr.